

KRISTINA DIETZ/CARLA NOEVER CASTELOS

## GEMEINDEN STEMMEN SICH GEGEN DIE «BERGBAU-LOKOMOTIVE»

**IN KOLUMBIEN WEHREN SICH IMMER MEHR MENSCHEN IN LOKALEN VOLKSABSTIMMUNGEN GEGEN BERGBAU IN IHREN GEMEINDEN**

Weltweit wächst die Zahl neuer Bergbauprojekte. Trotz aktueller Schwankungen versprechen die Weltmarktpreise für Rohstoffe auch weiterhin hohe Unternehmensgewinne und Staatseinnahmen. Kolumbien ist mit reichen Kohle-, Gold- und Nickelvorkommen ein attraktives Land für ausländische Investoren. Doch während den einen Gewinne winken, sorgen sich andere um den Schutz der Umwelt und die Qualität ihrer Lebensbedingungen. In den letzten Jahren haben daher die Konflikte um den Bergbau im Land zugenommen. Wachsende Bedeutung erlangen hierbei lokale Volksabstimmungen, sogenannte *consultas populares*. Trotz der Versuche vonseiten der Regierung und der Unternehmen, Volksabstimmungen die Legitimation zu entziehen, entfalten diese politische Wirkung: Vorhaben werden verzögert, Unternehmen lassen ihre Aktivitäten ruhen, die Regierung kommt in Zugzwang. Hieran wird deutlich, welche Rolle die lokalen Volksabstimmungen für einen Wandel der Rohstoffpolitik spielen könnten.

«Sí se pudo!» (auf Deutsch in etwa: «Und wir haben es doch geschafft!») hallt es am Abend des 26. März 2017 durch die Straßen von Cajamarca in der kolumbianischen Provinz Toluima. Jubelschreie sind zu hören, Menschen liegen sich in den Armen, als das Ergebnis der lokalen Volksabstimmung verlesen wird. 6.296 Menschen hatten an diesem Tag die Wahlurnen aufgesucht, um über die Zukunft des Goldbergbauprojekts La Colosa in ihrem Gemeindegebiet abzustimmen. Den ganzen Tag schon war die Wahl von lauten Sprechchören der Bergbauegner\_innen begleitet worden, die sich vor dem Wahllokal versammelt hatten: «Ja zum Leben, Nein zur Mine!» oder «Wasser ist mehr wert als Gold».

Am Abend steht fest: Mit einer Wahlbeteiligung von 38 Prozent wurde die benötigte Mindestbeteiligung erreicht, die Abstimmung ist gültig. Und knapp 99 Prozent der Wählenden haben die Frage «Sind sie damit einverstanden, dass in der Gemeinde von Cajamarca Bergbauprojekte und -vorhaben durchgeführt werden?» verneint und damit dem Goldbergbau in ihrer Gemeinde eine klare Absage erteilt.

Die Volksabstimmung in Cajamarca im März 2017 war die zweite in der Region – und hat eine Welle weiterer *consultas populares* ausgelöst. Bis Ende September 2017 haben sich in Kolumbien neun Gemeinden in Volksabstimmungen gegen Bergbau- und Ölförderung ausgesprochen. Das kolumbianische Bergbau- und Energieministerium geht davon aus, dass die Anzahl der *consultas* bis zum Ende des Jahres 2017 auf 44 gestiegen sein wird. Von ihnen richten

sich 26 gegen Bergbauvorhaben.<sup>1</sup> Im Folgenden sollen Letztere im Fokus stehen. Kolumbien ist nicht das einzige Land in Lateinamerika, in dem Bergbauegner\_innen das Mittel der Volksabstimmung einsetzen. Insgesamt haben seit 2003 mindestens 94, meist kommunale Bürgerentscheide gegen Bergbau stattgefunden – in Argentinien, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Peru und Kolumbien. Weitere sind in Planung. In fast allen Fällen wurden Bergbauprojekte mit über 95 Prozent abgelehnt.<sup>2</sup>

Was genau *consultas populares* sind und welche weitreichenden Auswirkungen sie in einem Land haben, dessen Regierung vehement auf den Bergbausektor setzt, wollen wir im Folgenden klären.

### RECHTLICH VERANKERT, POLITISCH UMSTRITTEN

*Consultas populares* sind direktdemokratische Verfahren, die «von oben» oder «von unten» veranlasst werden können. In Kolumbien sind sie rechtlich in der Verfassung von 1991 verankert. Ihre Anwendung ist im nationalen Partizipationsgesetz von 1994 geregelt (Ley 134, Art. 50–57). Darüber hinaus ermöglicht das Gemeindegesetz von 1994 (Ley 136, Art. 33) – das den Gemeinden eine weitreichende politische Autonomie gegenüber den Provinzen und der Nationalregierung einräumt – die Durchführung von Bürgerabstimmungen bei bestimmten, die Landnutzung betreffenden Entwicklungsprojekten (u. a. Bergbau). Bis 2015

konnten nur Bürgermeister\_innen lokale Volksentscheide «von oben» anstoßen. Das im Juli 2015 verabschiedete Gesetz 1757 öffnet sozialen Bewegungen die Möglichkeit, *consultas* «von unten» zu initiieren, wenn sie dafür eine bestimmte Anzahl Unterschriften gesammelt haben. Lokale Volksabstimmungen sind formal gültig, wenn sich mindestens 33 Prozent der Wahlberechtigten beteiligen. Ihre Ergebnisse sind für lokale Regierungen bindend und müssen mittels einer Gemeindeverordnung umgesetzt werden.

Soweit die Gesetzeslage. Doch obwohl die *consultas* rechtlich verankert und bindend sind, haben ihre Initiator\_innen mit Gegenwind zu kämpfen. Das liegt auch an der wirtschaftlichen Bedeutung, die dem Rohstoffsektor von der Regierung zugesprochen wird. Bergbau bildet neben Öl eine der wesentlichen Säulen des kolumbianischen Staatshaushaltes und Außenhandels – vor allem Kohle und Gold sind Exportschlager. Auch der Großteil der ausländischen Direktinvestitionen fließt in die extraktiven Sektoren. Mit der sogenannten Bergbau-Lokomotive (*locomotora minera*) wollte der jetzige Präsident Juan Manuel Santos in seiner ersten Amtszeit (2010–2014) der nationalen Wirtschaft Schwung verleihen. Schon sein Vorgänger Álvaro Uribe Vélez (2002–2010) hatte auf Bergbau gesetzt. Über 60 Prozent der heute in Kolumbien gültigen Konzessionen wurden in den beiden Amtsperioden von Uribe vergeben. So stieg die Zahl vergebener Konzessionen zwischen 2002 und 2010 von 1.900 auf 7.774. Die nationale Agentur für Bergbau geht für das Jahr 2014 von über 10.061 gültigen Bergbaukonzessionen aus. Etwa ein Drittel der konzessionierten Fläche befindet sich unter der Kontrolle transnationaler Unternehmen (etwa Glencore für Kohle oder AngloGold Ashanti für Gold).<sup>3</sup> Mit der Förderung des Bergbaus wollte Uribe internationale Investoren anlocken und die staatliche Kontrolle über die Gebiete ausweiten, die unter dem Einfluss der Guerillaorganisationen standen. Die Regierung unter Santos setzt diese Politik fort. Als Legitimation führt sie an, dass staatliche Einnahmen aus dem Bergbau notwendig seien, um den Friedensprozess zu finanzieren.

Vor diesem Hintergrund sind die nationale Regierung und die beteiligten Unternehmen derzeit bemüht, lokale Volksabstimmungen gegen Bergbau zu verhindern oder ihre Gültigkeit anzufechten. Sie argumentieren, dass der Bergbausektor von übergeordnetem Interesse sei und über die Nutzung, Ausbeutung und Aneignung von Bodenschätzen der Staat, sprich das nationale Bergbauministerium, zu entscheiden hätte und nicht die Bevölkerung oder die lokale Regierung einer Gemeinde. «Die *consulta* in Cajamarca hat nicht die Möglichkeit, geltendes Recht zu ändern», kommentierte der Bergbauminister Germán Arce den Ausgang des Bürgerentscheids von Cajamarca, «die rechtliche Handhabung diesbezüglich liegt allein beim Kongress».<sup>4</sup>

Ein Blick auf den Konflikt um die Goldmine La Colosa in der Provinz Tolima verdeutlicht, wie den Volksentscheiden Steine in den Weg gelegt werden – aber auch, welche Faktoren zu ihrem Erfolg beigetragen haben.

### «JA ZUM LEBEN, NEIN ZUR MINE»

Im Jahr 2007 erhielt das südafrikanische Unternehmen AngloGold Ashanti (AGA) Konzessionen zur Förderung von Gold auf dem Gebiet der Gemeinde Cajamarca in der kolumbianischen Provinz Tolima. Im Rahmen einer Klageschrift gegen die *consulta* in Cajamarca gibt AGA an, allein für das Minenprojekt La Colosa über sechs Konzessionen in einem

Umfang von 15.220 Hektar zu verfügen.<sup>5</sup> Darüber hinaus besitzt das Unternehmen weitere Konzessionen im Gemeindegebiet für eine Gesamtfläche von über 30.000 Hektar.<sup>6</sup> Die Goldreserven der La-Colosa-Mine schätzt das Unternehmen auf eine Höhe von etwa 30 Millionen Unzen Gold. La Colosa ist als Tagebau geplant und würde bei seiner Realisierung zu den größten Goldabbaugebieten der Welt zählen. Gleichzeitig ist das Minenprojekt Teil eines regionalen Gürtels geplanter Goldbergwerke von AGA, der sich auf eine Fläche von über 600 Quadratkilometern erstreckt.<sup>7</sup>

Seit das Vorhaben 2007 bekannt wurde, mobilisiert eine Vielzahl unterschiedlicher Gruppen gegen das Projekt. Die Allianz umfasst neben kleinbäuerlichen Basisorganisationen, Umweltschützer\_innen und Anwohner\_innen auch lokale Politiker\_innen, Unternehmer\_innen und Wissenschaftler\_innen. Die Gegner\_innen stammen vor allem aus Cajamarca und den Nachbargemeinden Ibagué und Piedras. Im Jahr 2011 schlossen sie sich zum Umweltkomitee zum Schutz des Lebens zusammen und gründeten lokale Komitees.

Die Gegner\_innen befürchten, dass das Bergbauprojekt ihr Wasser vergiften und damit den Landwirt\_innen ihre Lebensgrundlage entziehen könnte. Außerdem fordern sie ganz grundsätzlich ihr Recht ein, bei lokalen und regionalen Entwicklungsprozessen mitentscheiden zu dürfen, insbesondere wenn es um die Aneignung und Nutzung von Gemeingütern und Bodenschätzen geht. Der Protest dauert mittlerweile fast zehn Jahre an. Insgesamt drei Volksabstimmungen haben die lokalen Komitees unter dem Slogan «Sí a la Vida, No a la Mina» («Ja zum Leben, Nein zur Mine») in der Provinz Tolima initiiert.

Die erste *consulta popular* über die La-Colosa-Mine fand am 28. Juli 2013 in Piedras statt. In Piedras sollte ein Rückhaltebecken für die Entsorgung giftiger Abwässer des Goldbergbaus entstehen. Ein halbes Jahr zuvor hatten Anwohner\_innen die einzige Zufahrt zum Dorf und den Erkundungsflächen blockiert und so das Bergbauunternehmen am Zugang gehindert. Im Schatten der Blockade organisierten sich die Anwohner\_innen. Unterstützung erhielten sie von Großgrundbesitzer\_innen, die in Piedras Reis anbauen, von NGOs und den Umweltkomitees aus Cajamarca und Ibagué sowie von Pax, einer (inter-)nationalen Menschenrechtsorganisation. Letztere berichtete den Protestakteuren von den Erfahrungen mit Volksabstimmungen in Esquel. In dem argentinischen Ort hatten Anwohner\_innen bereits zehn Jahre zuvor eine erfolgreiche Volksabstimmung gegen Goldbergbau durchgeführt. Die Aktivist\_innen in Piedras bereiteten daraufhin eine *consulta popular* vor, die am Ende auch vom Bürgermeister und dem Gemeinderat unterstützt wurde. Eine in Bogotá ansässige NGO beriet die lokalen Akteure in Rechtsfragen. Am 28. Juli 2013 beteiligten sich 58 Prozent der Wahlberechtigten an der Abstimmung. 98,8 Prozent stimmten gegen Bergbau. Obwohl die nationale Regierung und das Unternehmen die Abstimmung nicht anerkannten, reagierte das Unternehmen und änderte seine Projektpläne: Alle Bereiche der Goldförderung (Abbau, Weiterverarbeitung und Entsorgung) sollten nun im Gemeindegebiet von Cajamarca angesiedelt werden.<sup>8</sup>

Von diesem Erfolg motiviert, wollten die Umweltkomitees von Cajamarca und Ibagué 2014 ebenfalls *consultas* in ihren Gemeinden organisieren. In Ibagué scheiterte die erste Initiative, weil der damals regierende Bürgermeister sie nicht unterstützte. In Cajamarca lehnte der Gemeinderat im Februar 2015 mit zehn zu elf Stimmen einen Bürgerentscheid

über die Goldförderung ab. Mitglieder des Umweltkomitees vermuten, dass sich die Ratsmitglieder vom Minenbetreiber einschüchtern ließen.<sup>9</sup>

Doch einige Monate später bekamen die sozialen Akteure Gelegenheit für einen zweiten Anlauf. In Ibagué wurde Guillermo Alfonso Jaramillo zum neuen Bürgermeister gewählt, der die Proteste gegen Bergbau unterstützt. Am 4. Januar 2016 kündigte er eine Volksabstimmung in Ibagué an. Am 29. Februar 2016 stimmte der Gemeinderat knapp, mit zehn zu neun Stimmen, ebenfalls dafür und der Bürgermeister setzte den Abstimmungstermin für den 30. Oktober 2016 fest. Doch knapp zwei Wochen vor der Abstimmung und in der Hochphase der Mobilisierung ordnete der Staatsrat (das oberste Verwaltungsgericht) die Aussetzung der *consulta* an. Vor dem Gericht hatten Mitglieder einer Bergarbeitervereinigung auf ihr Grundrecht auf Arbeit, das sie durch die geplante Abstimmung bedroht sahen, geklagt. Mitte Dezember 2016 entschied das Gericht, dass die *consulta* von Ibagué durchgeführt werden könne, wenn die zur Abstimmung gestellte Frage neu formuliert werden würde. Am 16. März 2017 kündigte der Bürgermeister an, dem Gemeinderat einen neuen Antrag zur Abstimmung vorzulegen. Ob es noch zur Abstimmung kommt, ist unklar. In der Zwischenzeit verfolgen der Bürgermeister, der Gemeinderat und das Umweltkomitee eine andere Strategie: Ein Verbot von umweltschädlichen Bergbauprojekten mittels Gemeindeverordnung.<sup>10</sup>

Die Bergbaueegner\_innen in Cajamarca, der Gemeinde, in der sich das Minenprojekt befindet, erhielten durch die Verabschiedung des Gesetzes 1757 im Juli 2015 zur Regelung von Volksentscheiden, die «von unten» initiiert werden, eine neue Gelegenheit. Für die Initiierung eines Volksentscheids müssen mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten die Initiative per Unterschrift unterstützen. Für Cajamarca bedeutete dies, dass innerhalb von sechs Monaten 1.608 gültige Unterschriften zu sammeln waren. Binnen zwei Wochen hatte das lokale Umweltkomitee mehr als drei Mal so viele Unterschriften gesammelt. Folglich musste der Bürgermeister dem Gemeinderat die Initiative vorlegen, der Ende August 2016 der Durchführung einer *consulta* zustimmte. Das oberste Verwaltungsgericht ließ auch diese Abstimmung aufgrund von Klagen seitens des Unternehmens aussetzen. Ähnlich wie im Fall von Ibagué entschied das Gericht, dass die *consulta* von Cajamarca mit veränderter Fragestellung durchgeführt werden könne. Am 26. März 2017 kam es letztlich zur Abstimmung, in der die Gemeinde Cajamarca dem Goldbergbau eine Abfuhr erteilte.

In allen drei Fällen lässt sich erkennen: Die Unterstützung durch nationale und internationale Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, die Expert\_innen entsenden und Erfahrungen teilen konnten, bildete eine wichtige Ressource. Gute Kontakte zu anderen Aktionsgruppen und zu professionellen NGOs haben entscheidenden Anteil daran, wie schnell und wie gut sich die betroffenen Menschen informieren und organisieren können. Beispielsweise haben die Aktivist\_innen erst durch die Berichte anderer Bergbauproteste von der Möglichkeit lokaler Volksabstimmungen erfahren. Auch angesichts der Strategie von Staat und Unternehmen, die *consultas* auf dem gerichtlichen Weg zu stoppen, war die Vernetzung mit professionellen NGOs und anderen Gruppen wichtig. Denn die juristische Expertise erhielten die lokalen Initiator\_innen über ihre Netzwerke.

## **CONSULTAS BEDROHEN DEN BERGBAUSEKTOR**

Etwa einen Monat nach der erfolgreichen *consulta* in Cajamarca kündigte AGA am 27. April 2017 an, aufgrund des lokalen Widerstands alle Arbeiten am Projekt La Colosa ruhen zu lassen – so lange, bis auf nationaler Ebene Klarheit über den bergbaupolitischen Kurs des Landes herrsche. Inspiriert durch die erfolgreiche Erfahrung von Cajamarca schlossen sich viele Gemeinden diesem Beispiel an: Am 9. Juli stimmten die Anwohner\_innen in den Gemeinden Pijao (Provinz Quindío) und Arbeláez (Provinz Cundinamarca) gegen Bergbau und Ölförderung, am 17. September votierte über die Hälfte der Wahlberechtigten in der Gemeinde Jesus María gegen die Kalkstein- und Kohleförderung in ihrem Gemeindegebiet, am 1. Oktober stimmten die Bewohner\_innen von Sucre gegen Bergbau (beide Provinz Santander).<sup>11</sup> Viele weitere *consultas* sind geplant.

Die wachsende Anzahl lokaler Volksabstimmungen hat dazu geführt, dass in Kolumbien derzeit über Bergbau neu verhandelt wird. Seit der *consulta* in Cajamarca im März 2017 ist eine hitzige Debatte zwischen Jurist\_innen, der Regierung, dem Ministerium für Bergbau, NGOs und sozialen Bewegungen über die Legitimität, Legalität und Verbindlichkeit von direktdemokratischen Abstimmungen zu Bergbauprojekten ausgebrochen.

Nachdem 2016 sowohl das Verfassungsgericht<sup>12</sup> als auch 2017 der Staatsrat<sup>13</sup> geurteilt hatten, dass die Ergebnisse der *consultas* verfassungskonform und rechtlich bindend seien, lassen sich kommunale Volksentscheide juristisch nicht (mehr) verhindern. Der Präsident des Nationalen Bergbauverbands ACM, Santiago Ángel Urdinola, befürchtet: «Das wird sich wie ein Schneeball entwickeln, der nicht nur Bergbauprojekte betrifft, sondern dann auch Infrastruktur-, Ölförder-, Deponie- und Energieprojekte.»<sup>14</sup>

Angesichts eines solchen wirtschaftlichen Schreckensszenarios ist die auf Extraktivismus beharrende Regierung in Bogotá nun bemüht, den Einsatz von *consultas populares* gesetzlich zu reglementieren. Sie will ihre Bergbau-Lokomotive nicht entgleisen sehen. Gemäß Pressemeldungen plant Bergbauminister Arce, dem Nationalen Kongress zeitnah eine Gesetzesinitiative vorzulegen, die die direktdemokratische Beteiligung im Bereich Bergbau neu regelt, das heißt einschränkt.<sup>15</sup>

Zudem wird politisch Druck auf Initiator\_innen von *consultas* ausgeübt. Gewählte Gemeinderatsmitglieder, die *consultas* unterstützen, werden von Behörden oder Parteimitgliedern bedrängt. Initiator\_innen werden kriminalisiert, bedroht und von Befürworter\_innen des Bergbaus öffentlich stigmatisiert. Im Vorfeld der *consulta* von Cajamarca wurden die Mitglieder des lokalen Umweltkomitees als den Guerillaorganisationen nahestehende «linke» Lügner\_innen öffentlich diffamiert. Wenn direktdemokratische Teilhabe für die Wertungsinteressen des Kapitals und die Renteninteressen des Staates gefährlich wird, kann sie auch schnell zu Repressionen führen.

## **MIT CONSULTAS RÄUME FÜR EINE ANDERE ROHSTOFFPOLITIK ÖFFNEN**

*Consultas* bieten eine Möglichkeit, die Forderung nach einem Stopp extraktiver Projekte mit der Sichtbarmachung von Demokratiedefiziten zu verknüpfen. In Kolumbien kommt es im Kontext von Bergbaukonflikten derzeit zu neuen Formen der politischen Selbstermächtigung. Die Anwendung der in der Verfassung verankerten direktdemokratischen Verfahren

schaftt Möglichkeiten für demokratische Beteiligung in Bereichen, in denen aufgrund der Dominanz von Kapital- und staatlichen Interessen politische Teilhabe bislang nicht möglich war. In Kolumbien und anderen Ländern Lateinamerikas, deren Staatseinnahmen stark vom Rohstoffsektor abhängen, sind dies vor allem die Bereiche Bergbau, Öl- und Gasförderung sowie Agrarindustrie.

Mit der Initiierung von Volksabstimmungen gelingt es den Bewegungsakteuren, einen Raum der direkten Beteiligung aktiv zu öffnen, politisches Problembewusstsein zu fördern und darüber hinaus neue öffentliche Räume zu schaffen, in denen Gegner\_innen die staatliche Bergbaupolitik problematisieren und Forderungen öffentlich formulieren können. Der Erfolg der *consultas* zeigt sich außerdem in deren rasanter Verbreitung – dies belegt die Welle von *consultas* nach der erfolgreichen Abstimmung von Cajamarca.

Die Beispiele aus Tolima zeigen, dass es gelingen kann, Anwohner\_innen, Aktivist\_innen und Vertreter\_innen lokaler Regierungen unabhängig von Partei- und zum Teil auch Klassenzugehörigkeit zu gemeinsamer politischer Aktivität zu ermutigen. Eine der zentralen Aussagen der anfangs beschriebenen Feierlichkeiten in Cajamarca war: «Unser Protest kennt keine Parteien, unser Protest hat keine politische Farbe.»<sup>16</sup> In Ibagué mobilisierten Protestakteure und die lokale Regierung lange Zeit gemeinsam für einen Bürgerentscheid. Hierüber bildeten sich Allianzen zwischen Protestierenden und Gemeinderäten, Bürgermeister\_innen und Abgeordneten des Senats, die dazu beitragen können, die Distanz zwischen Staat und Gesellschaft in liberalen Demokratien zumindest kurzfristig zu reduzieren. In Piedras entstand ein Bündnis zwischen Landarbeiter\_innen, Kleinbäuer\_innen und Großgrundbesitzer\_innen (Reisproduzent\_innen). Solche klassenübergreifenden Allianzen schaffen punktuell Räume für kollektives Handeln jenseits von Klassengegensätzen.

Hierin zeigen sich auch die Grenzen hinsichtlich der Bedeutung der *consultas* für gesellschaftlichen Wandel. Die Protestakteure schaffen mit den Volksentscheiden zwar Räume für demokratisches und kollektives Handeln. Eigentums- und Klassenverhältnisse werden damit jedoch nicht – zumindest nicht direkt – angesprochen. Zu einem Wandel des Rohstoffsektors im Sinne einer Ausweitung der Demokratie auf alle Lebensbereiche und einer damit notwendigerweise verbundenen Überwindung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse kommt es nicht – jedenfalls nicht unmittelbar.

Mit den lokalen Volksabstimmungen hat sich das Konfliktfeld Bergbau in Kolumbien dennoch in Richtung eines Mehr an Demokratie verändert. Wie nachhaltig diese Veränderung ist, bleibt abzuwarten. *Consultas populares* zu Bergbauprojekten haben das Potenzial, die Definitions- und Handlungsmacht nationalstaatlicher Institutionen zu beschränken. Vor diesem Hintergrund sind sie zu einem eigenen Konfliktgegenstand zwischen lokalen Regierungen und sozialen Bewegungen auf der einen und den nationalen, teilweise auch lokalen Regierungen und Unternehmen auf der anderen Seite geworden.

Kristina Dietz leitet gemeinsam mit Bettina Engels die Nachwuchsgruppe «Globaler Wandel – Lokale Konflikte?» (GLOCON) an der Freien Universität Berlin. Sie arbeitet schwerpunktmäßig zu den Themen Politische Ökologie, Konflikte um Land und Rohstoffe und Demokratie in Lateinamerika. Sie ist Mitglied der permanenten Arbeitsgruppe «Alternativen zur Entwicklung» des Anzenbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Carla Noever Castelos ist Mitarbeiterin der Nachwuchsgruppe GLOCON. Die Schwerpunkte ihrer Arbeit liegen auf den Konflikten um natürliche Ressourcen, Politischer Ökologie und sozial-ökologischer Transformation.

**1** Die restlichen geplanten und durchgeführten *consultas* richten sich gegen die konventionelle Förderung von Öl, Fracking oder Staudämme. Siehe hierzu: Rubiano, María Paula: Así explotó el «boom» de las consultas populares, in: El Espectador, 27.5.2017, unter: [www.elespectador.com/noticias/medio-ambiente/asi-explota-el-boom-de-las-consultas-populares-articulo-695826](http://www.elespectador.com/noticias/medio-ambiente/asi-explota-el-boom-de-las-consultas-populares-articulo-695826). **2** Vgl. Dietz, Kristina: Direkte Demokratie in Konflikten um Bergbau in Lateinamerika: das Goldminenprojekt *La Colosa* in Kolumbien, GLOCON Working Paper 4, Berlin 2017; Dietz, Kristina/Wagner, Neelke: Mit Bürger\_innenentscheiden gegen Bergbau und Fracking, GLOCON Policy Paper 2, Berlin 2017. **3** Aufschluss über die Eigentümer der Minen in Kolumbien gibt: ¿Quiénes son los «dueños» de los títulos mineros en Colombia?, unter: [www.anm.gov.co/?q=Quienes\\_son\\_los\\_duenos\\_de\\_los\\_titulos\\_mineros\\_en\\_Colombia](http://www.anm.gov.co/?q=Quienes_son_los_duenos_de_los_titulos_mineros_en_Colombia). **4** Zitiert nach N.N.: «Consulta minera en Cajamarca no tiene la capacidad de cambiar la ley»: Gobierno, in: El Espectador, 27.3.2017, unter: [www.elespectador.com/noticias/nacional/consulta-minera-en-cajamarca-no-tiene-la-capacidad-de-cambiar-la-ley-gobierno-articulo-686515](http://www.elespectador.com/noticias/nacional/consulta-minera-en-cajamarca-no-tiene-la-capacidad-de-cambiar-la-ley-gobierno-articulo-686515). **5** Die Klage von AGA ist als PDF im Internet einsehbar: [www.elofato.com/assets/D11001031500020160341500ADMISORIOYTUTELA201611281651.pdf](http://www.elofato.com/assets/D11001031500020160341500ADMISORIOYTUTELA201611281651.pdf). **6** Weitere Informationen bietet die Publikation PAX: Democracia vale más que el oro. El proyecto minero La Colosa y el derecho ciudadano a la participación, Utrecht 2016, S. 14, unter: [www.paxencolombia.org/wp-content/uploads/2016/10/PAX\\_REPORT\\_Democracia.pdf](http://www.paxencolombia.org/wp-content/uploads/2016/10/PAX_REPORT_Democracia.pdf). **7** Informationen über La Colosa finden sich in den Broschüren von AngloGold Ashanti: Project Profile La Colosa, Colombia, 2012, unter: [www.aga-reports.com/12/download/AGA-OP12-col-lacolosa.pdf](http://www.aga-reports.com/12/download/AGA-OP12-col-lacolosa.pdf); La Colosa, una oportunidad de oro para el Tolima, 2015, unter: [www.issuu.com/anglogoldashanticolombia2/docs/presentacion\\_colosa\\_2015\\_mayo.pptx](http://www.issuu.com/anglogoldashanticolombia2/docs/presentacion_colosa_2015_mayo.pptx). **8** Vgl. Pax: Democracia vale más que el oro. **9** Vgl. Arenas, Natalia: Hoy: el día D del oro, 2015, unter: [www.lasillavacia.com/historia/hoy-el-dia-d-del-oro-49576](http://www.lasillavacia.com/historia/hoy-el-dia-d-del-oro-49576). **10** Vgl. Ibagué vetó actividades mineras que contaminen sus fuentes hídricas, in: El Tiempo, 2.8.2017, unter: [www.eltiempo.com/colombia/otras-ciudades/ibague-veto-mineria-que-contamine-fuentes-de-agua-115524](http://www.eltiempo.com/colombia/otras-ciudades/ibague-veto-mineria-que-contamine-fuentes-de-agua-115524). **11** Die einzelnen Ergebnisse der Abstimmungen sind in folgenden Artikeln nachzulesen: Redacción Medio ambiente: El municipio de Sucre, Santander, le dijo No a la explotación minera, in: El Espectador, 1.10.2017, unter: [www.elespectador.com/noticias/medio-ambiente/el-municipio-de-sucre-santander-le-dijo-no-la-explotacion-minera-articulo-715950](http://www.elespectador.com/noticias/medio-ambiente/el-municipio-de-sucre-santander-le-dijo-no-la-explotacion-minera-articulo-715950); Jesús María (Santander) le dijo No a la minería, in: El Espectador, 17.9.2017, unter: [www.elespectador.com/noticias/medio-ambiente/jesus-maria-santander-le-dijo-no-la-mineria-articulo-713662](http://www.elespectador.com/noticias/medio-ambiente/jesus-maria-santander-le-dijo-no-la-mineria-articulo-713662); Rubiano: Así explotó el «boom» de las consultas populares. **12** Das Urteil (Aktenzeichen T-445/16) ist nachzulesen unter: [www.corteconstitucional.gov.co/relatoria/2016/t-445-16.htm](http://www.corteconstitucional.gov.co/relatoria/2016/t-445-16.htm). **13** Die Entscheidung des Staatsrats findet sich unter: [www.noalamina.org/latinoamerica/colombia/item/36361-maximo-organo-de-justicia-de-colombia-decision-del-pueblo-en-consultas-populares-es-definitiva](http://www.noalamina.org/latinoamerica/colombia/item/36361-maximo-organo-de-justicia-de-colombia-decision-del-pueblo-en-consultas-populares-es-definitiva). **14** Zitiert nach ACM: Consultas populares pueden frenar el desarrollo del país, unter: [www.acmineria.com.co/node/1553](http://www.acmineria.com.co/node/1553). **15** Redacción Política: Las claves del proyecto de modernización de los mecanismos de participación ciudadana, in: El Espectador, 23.8.2017, unter: [www.elespectador.com/noticias/politica/las-claves-del-proyecto-de-modernizacion-de-los-mecanismos-de-participacion-ciudadana-articulo-709489](http://www.elespectador.com/noticias/politica/las-claves-del-proyecto-de-modernizacion-de-los-mecanismos-de-participacion-ciudadana-articulo-709489). **16** Aktivist des Vorbereitungskomitees der *consulta* in Cajamarca nach Bekanntwerden des Ergebnisses am 26.3.2017.

---

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE 13/2017 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung V. i. S. d. P.: Henning Heine  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
ISSN 1867-3171  
Redaktionsschluss: Oktober 2017  
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin  
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation